

## **Stellungnahme der Landeschüler\*innenvertretung NRW zu der Einführung des Pflichtschulfaches Wirtschaft und der Stärkung des Informatikunterrichts an allen Schulformen**

Die Vorsätze der Landesregierung, das Pflichtschulfach Wirtschaft einzuführen macht die Schulen weder demokratischer, noch werden Schüler\*innen dadurch besser auf das Leben in einer demokratischen Gesellschaft vorbereitet oder zur Mündigkeit erzogen. In den Schulen sollten an Stelle von mehr Ökonomisierung politische Bildung vermittelt werden welche uns Schüler\*innen auf ein späteres Leben in der Gesellschaft vorbereiten.

Ähnliches gilt für die Stärkung des Informatikunterrichts an allen Schulformen. Anstatt Schüler\*innen das Programmieren beizubringen, bedarf es in Zeiten in welchen unter anderem soziale Medien - die heute populär wie nie zuvor sind - als Instrumente von z. B. Radikalen und der Wirtschaft zur Manipulation durch Werbung und Hetztes, zum Verbreiten von falschen Informationen und zum Data-Mining genutzt werden, kritische Bildung. Mündige Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft müssen in der Lage sein, der immer stärker werdenden Manipulation durch Medien demokratische Ideale in Kombination mit kritischem Denken entgegenzusetzen; die Vorbereitung und kritischen Bildung dafür muss in der Schule stattfinden.

Im Interesse aller Schüler\*innen NRW fordert die Landeschüler\*innenvertretung (LSV) NRW deswegen weiterhin eine Stärkung der Demokratie in allen Schulen NRW. Der vorliegende Vorschlag verfehlt dieses Ziel erneut bzw. steht diesem teilweise aktiv entgegen.

Als Landeschüler\*innenvertretungen legen wir deswegen (erneut) eine Reihe von Gedanken zu einer Schule vor, die den ansprüchen einer demokratischen Gesellschaft, in der es sich für alle Menschen gut leben lässt, gerecht wird.

### **1. Demokratische Schule als Notwendigkeit**

Eine demokratische Gesellschaft ist unvorstellbar ohne eine demokratische Schule. Die Schule bildet den Lebensmittelpunkt von jungen Menschen, hier sollen Kinder und Jugendliche die Regeln von sozialem Miteinander und ein menschengerechtes Verständnis von Demokratie und Gesellschaft kennenlernen. Die Erziehung zur Mündigkeit kann keine Privatangelegenheit sein, wenn sie gelingen soll, sie kann in der Hauptsache nicht von Familie, Vereinen oder Einrichtungen der Jugendhilfe übernommen werden, sie muss in der Schule gemeinsam mit anderen Schüler\*innen bei fachlicher Begleitung durch Lehrer\*innen und andere Expert\*innen stattfinden. Die Schulgemeinschaft prägt das Verständnis des Menschen von seiner Rolle im sozialen Leben, deshalb ist es wichtig, dass in der Schule alle Kinder und Jugendliche gemeinsam lernen, gleichgültig woher und aus welchen sozialen Verhältnissen sie kommen. Schüler\*innen dürfen nie aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert werden. Eine demokratische Schule lehrt nicht nur Demokratie, sie muss auch Demokratie leben: So muss sie gewähren, dass tatsächlich alle Schüler\*innen gleichen Zugang zu Bildung haben. Sie muss ihre Schüler\*innen auf allen Ebenen

mitbestimmen lassen, ihren Entscheidungen die notwendige Anerkennung geben und demokratische Beschlüsse der Schüler\*innen in die Tat umsetzen.

## **2. Ökonomisierung statt Demokratisierung: Schulpolitik in eine falsche Richtung**

Doch Schule ist heute kein demokratischer Ort. Weder sind die strukturellen Bedingungen im Schulsystem ausreichend, um von einem demokratischen Schulsystem zu sprechen, hierfür müsste z.B. der große Zusammenhang zwischen Elternhaus und Bildungserfolg aufgehoben werden und die Abschulung von Menschen mit Behinderung und Leistungsdefiziten beendet; noch folgt der Schulalltag selbst demokratischen Prinzipien. Die Möglichkeiten der Partizipation für Schüler\*innen sind begrenzt und eher scheidemokratisch als demokratisch. Ferner ist politische Bildung im ganzen Fächerkanon gefährlich unterrepräsentiert (Hedtke 2018). Längst fehlt unter Schüler\*innen und auch Lehrer\*innen das Verständnis für die politische Dimension von gesellschaftlichen Fragestellungen. Als Bildungserfolg wird im Allgemeinen nicht mehr die kollektive Anstrengung für eine bessere Zukunft verstanden, sondern der individuelle Aufstieg, der nur zu Lasten anderer „Absteigender“ geschehen kann. Diese Defizite im Demokratieverständnis auf beiden Seiten des Pults sind gefährlich und ihre Beseitigung muss die erste Priorität von demokratischer Schulpolitik sein.

Schon heute scheint nicht mehr das Politische das Primat über gesellschaftliche Fragen zu haben, sondern das Ökonomische. Das hat fatale Folgen: Die Bereitschaft zu politischem Engagement tritt hinter individuellen Karrierezielen zurück und die eigene Existenz wird außerhalb der politischen Rahmenbedingungen wahrgenommen. Nicht nur unter Schüler\*innen findet diese Entpolitisierung und Ökonomisierung statt, sondern auch in der „Erwachsenengesellschaft“ ist sie längst angekommen (Koppetsch 2013). Für eine menschengerechte Demokratie ist das gefährlich, denn je weiter die politische Handlungsfreiheit aufgrund von ökonomischer Alternativlosigkeit negiert wird, desto stärker können faschistische und autoritäre Strömungen Menschen anziehen und eine Rückkehr in vordemokratische Zeiten propagieren. Kein Kind kommt hassend zur Welt, und so müssen wir die Wurzeln des Antisemitismus, Sexismus und Rassismus wie der Homo- und Transphobie auch in der Schule als Eintrittspunkt des Menschen in die Gesellschaft suchen. Für eine gerechte und solidarische Demokratie müssen wir heute die Stärkung der politischen Bildung zur ersten Priorität in der Schule machen und dem ökonomischen Konkurrenzprinzip in der Schule politische Solidarität und demokratische Gemeinschaft entgegenstellen.

Zum Teil lassen die geplanten bildungspolitischen Maßnahmen, wie die Rückschritte in der schulischen Inklusion und die Einführung eines Fachs „Wirtschaft“, selbst daran zweifeln, ob das menschengerechte Verständnis von Gesellschaft, welches wir uns als einen Teil der Erziehung zur Mündigkeit an Schulen wünschen, durch die Regierung angenommen wurde. Dabei ist für eine demokratische Bildungspolitik notwendig, Schüler\*innen nicht allein als „Humankapital“ wahrzunehmen, sondern im Verständnis der Aufklärung als Zweck an sich, und Bildung soll primär nicht Unternehmen eine einfachere Eingliederung in Betriebsprozesse erleichtern, sondern den Schüler\*innen die Entfaltung ihrer Persönlichkeit und die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen ermöglichen. Schulen sind keine Orte der Produktion, sondern sollten Orte der Begegnung sein. Statt ein neues Fach Wirtschaft einzuführen, müssen deshalb Gesellschaftswissenschaften im Ganzen gestärkt werden, besonders müssen Freiräume geschaffen werden, in denen demokratische Prozesse erlebt und so in die Praxis erlernt werden.

In unserem aktuellen Arbeitsprogramm heißt es dazu:

*„Statt einer Stärkung des Wirtschaftsunterrichts, bräuchten wir viel mehr eine Stärkung des Politikunterrichts. Dazu gehören nicht nur Tage der politischen Orientierung, sondern auch das*

*Erlernen von politischer Handlungsfähigkeit, die auf ein mündiges Leben in einer demokratischen Gesellschaft vorbereitet."*

### **3. Wege zur demokratischen Schule**

Es ist eine politische Aufgabe, eine Schule zu schaffen, die den Anforderungen genügt, die Keimzelle einer demokratischen Gesellschaft zu sein. Unsere Visionen einer demokratischen Schule mögen utopisch klingen, doch nicht durch Unerreichbarkeit wird bekanntlich eine Utopie definiert, sondern durch Unvorstellbarkeit. Deshalb wollen wir konkrete Maßnahmen vorstellen, die erste politische Schritte sein können auf dem Weg zur demokratischen Schule.

#### **I. Gelebte Demokratie: Ausbau von Partizipation und Mitbestimmung durch Schüler\*innen**

- Fachliche Einführung und Begleitung aller Schüler\*innen in ihrer politischen Arbeit: Weiterbildung von Fachlehrer\*innen zu politischen Botschafter\*innen, die hauptamtlich die Arbeit von Schüler\*innenvertretung, Schüler\*innenrat und Schüler\*innenzeitung unterstützen
- Unterrichtliche Weiterbildung aller Schüler\*innen in Grundlagen der politischen Arbeit in Theorie und Praxis, einschließlich dem Vermitteln von Demokratietheorie und der Einübung praktischer Fähigkeiten, z.B. der Vermittlung von Verhalten und Kompetenzen in Schulkonferenz und anderen schulpolitischen Gremien
- Anerkennung der Leistungen von schulpolitischen Funktionsträger\*innen und Förderungen: Finanzielle und materielle Förderung durch eigenes Budget, finanzierte Weiterbildung in relevanten politischen Kompetenzen wie der Rhetorik und verstärkte Anerkennung politischen Engagements in Bescheinigungen
- Stärkung der Entscheidungskompetenz der Schüler\*innen: Schüler\*innen erhalten mindestens die Hälfte der Stimmen in der Schulkonferenz, die in all ihren Entscheidungen bindend sein muss für die Schulverwaltung und Schulleitung
- Einbindung von Schüler\*innengremien auf allen Ebenen in bildungspolitische Entscheidungsprozesse: auf Schulebene durch Einbindung der Schüler\*innenvertretung, auf Bezirksebene durch Einbindung der Bezirksschüler\*innenvertretung und auf Landesebene durch Einbindung der Landeschüler\*innenvertretung
- Förderung des Engagements von Schüler\*innen durch Entlastungen: Erstattung von Fahrtkosten und Kosten wegen Arbeitsmaterials, Entschuldigung für Unterrichtsstunden
- Ausweitung tagesgeschäftlicher Kompetenzen von Schüler\*innenvertretungen: u.a. uneingeschränktes Recht zur Einberufung von Sitzungen und Plena, uneingeschränktes Recht zu Veröffentlichung, Verteilung und Versammlung, politisches Mandat auf allen Ebenen

#### **II. Gelehrte Demokratie: Politische Bildung innerhalb und außerhalb des Unterrichts**

- Stärkung des Anteils politischer Bildung im sozialwissenschaftlichen Fächern Stärkung einer politischen Perspektive in allen Fächern des Lehrplans, inkl. die Behandlung einer politischen Perspektive von Wissenschaft und Alltag, die die politische Entscheidungskompetenz in allen Bereichen des Lebens greifbar macht
- Einführung und Stärkung von politischen Projekttagen und Exkursionen zu Orten gelebter Demokratie

- Einführung aller Schüler\*innen in Grundlagen der Demokratie und der politischen Arbeit innerhalb des Unterrichts durch fortgebildete Fachlehrer\*innen (Botschafter\*innen der Demokratie)

### **III. Demokratische Schule: Struktureller Umbau des Schulsystems in Begegnung der Notwendigkeit, den Anforderungen einer menschenrechtlichen Demokratie zu entsprechen**

- Abkehr vom mehrgliedrigen Schulsystem und den Förderschulen: Inklusive Ganztags Gesamtschule als Gerüst für eine gerechte und demokratische Schule
- Abkehr von Parallelsystem "Privatschule": Gleiche Bildungschancen können nur in einem staatlich gleichen Bildungssystem umgesetzt werden, in dem gemeinsam unabhängig von Finanzlage der Eltern gelernt wird
- Abkehr von Zensuren: Konkurrenzdruck durch Noten macht krank und verhindert solidarische Bildung
- Thematisierung von psychischer wie physischer Gesundheit im Schulunterricht: Schule darf nicht krank machen

## **4. Zusammenfassung**

Die Landeschüler\*innenvertretung Nordrhein-Westfalen hat also das Anliegen, politische Bildung in der Schule zu stärken und Partizipationsmöglichkeiten für Schüler\*innen aller Schulformen auszubauen. Sie weist auf das Recht von Schüler\*innen auf gleichberechtigte Teilhabe und auf die Notwendigkeit einer demokratischen Schule in einer demokratischen Gesellschaft hin. Dieses Recht sieht sie gegenwärtig verletzt. Sowohl innerhalb als auch außerhalb der Schule wird jungen Menschen die Teilhabe am sozialen und politischen Leben verwehrt. Aufgrund mangelnder Anerkennung und Unterstützung sehen sich regelmäßig selbst vermeintlich demokratische Gremien wie die „Schülervertretung“ und der „Schülerrat“ mit ihrer eigenen Bedeutungslosigkeit konfrontiert. Obwohl die Zensurfreiheit der „Schülerzeitung“ im Landesgesetz garantiert ist, wird sie in der Praxis regelmäßig missachtet. Weder erhalten Schüler\*innen in ihrem Engagement die nötige, sachverständige Begleitung, noch werden ihre demokratischen Entscheidungen im Schulalltag anerkannt. Der Weg zur demokratischen Schule ist damit so notwendig wie lang.

Es ist absurd, dass vor Schüler\*innen die Wichtigkeit von „Demokratie“ zur jeder Gelegenheit gepredigt wird, während ihnen selbst keine relevante Entscheidungskompetenz in demokratischen Gremien zugestanden wird. Obwohl Schüler\*innen eine klare Mehrheit der Schulgemeinschaft ausmachen, ist ihr Anteil an der Schulkonferenz gering. An vielen Entscheidungen, die sie als Schüler\*innen betreffen, wie die Ausgestaltung von Lehrplänen, können sie nicht teilnehmen. Hinzukommend ist auch die Entscheidungsmacht der Schulkonferenz eingeschränkt und vermindert sich verstärkt in den zahlreichen Schulen privater Träger. Schüler\*innen werden in der Schule noch immer als Bittsteller wahrgenommen, die Beschlüsse ihrer Gremien gelten nur so viel, wie sie dem Willen der Schulleitung und des Kollegiums entsprechen. Effektiv wird Schüler\*innen außerdem tatsächliche Partizipation verwehrt, indem Gremien und Strukturen kaum erklärt werden; indem keine Einführung in die Arbeit in der Schulkonferenz und der Schüler\*innenvertretung stattfindet und unzureichend begleitet wird. Eine zeitliche Entlastung und materielle Unterstützung ist überdies nicht gewährleistet und fehlt beinahe immer. So bleibt „Demokratie“ in der Schullaufbahn abstrakt und nicht fassbar, gleichzeitig entwickeln Schüler\*innen so eine fatale Haltung gegenüber demokratischen Institutionen: Anstelle ihrer eigenen demokratischen Gestaltungskraft lernen Schüler\*innen ihre eigene Ohnmacht vor Autoritäten und „dem, wie es ist“, kennen. So prägen sich Muster ein, die die Flucht in

Politikverdrossenheit und den Zustrom zu rechtsextremen, antidemokratischen Strömungen begünstigen. Partizipative Strukturen, in denen Schüler\*innen tatsächlich Entscheidungsmacht ausüben können und sich so als demokratische Subjekte kennenlernen, sucht man in Schulen vergeblich. Das muss sich ändern.

Ferner weist die Landeschüler\*innenvertretung darauf hin, dass politische Bildung an Schulen in NRW qualitativ wie quantitativ unterentwickelt ist. Es ist zudem nicht akzeptabel, dass manche Schulformen bedeutend weniger Förderung der Demokratiemündigkeit betreiben. Besonders in Förderschulen findet laut aktuellen Studien kaum Demokratiebildung statt. Das ist inakzeptabel. Die Feststellung dieses eklatanten Mangels der Förderschulen verdeutlicht einmal mehr die Notwendigkeit eines inklusiven Schulsystems.

Die LSV NRW lehnt folglich die Einführung eines Fachs Wirtschaft an allen Schulformen ab. Trotz Beteuerungen durch das Bildungsministerium ist zu erwarten, dass der Anteil der politischen Bildung qualitativ und quantitativ zugunsten „ökonomischer Bildung“ abnehmen wird. Sie lehnt zudem ab, dass gesellschaftliche Fragestellungen zuerst ökonomisch anstatt politisch betrachtet werden, und weist darauf hin, dass ein (betriebs-)wirtschaftlich orientierter Unterricht der Sozialwissenschaften keinen Politikunterricht ersetzen kann. Die Landeschüler\*innenvertretung befürchtet, dass durch die Implementierung eines ökonomischen Schwerpunkts in den Gesellschaftswissenschaften ein antidemokratisches Narrativ geprägt werden könnte, das wirtschaftliche Zusammenhänge nicht länger als willentlich politisch herbeigeführt begreift, sondern die Erzählung der alternativlosen Ökonomie auf gesellschaftliche Prozesse anwendet. Eine solche Verschiebung im Diskurs stellt eine Gefährdung der Demokratie dar.

Deshalb appelliert die Landeschüler\*innenvertretung Nordrhein-Westfalen an den Landtag, von der Einführung des Fachs Wirtschaft abzusehen und stattdessen politische Bildung zu stärken sowie Partizipationsmöglichkeiten von Schüler\*innen in der Schule auszubauen. Darüber hinaus soll bei der Stärkung des Unterrichts für Informatik eine kritische und alltagsnahe Medienbildung in der Schule verankert werden.

Der Landesvorstand  
(Landeschüler\*innenvertretung Nordrhein-Westfalen)